



Stadt Kamen

Niederschrift

SUS

über die
1. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Dienstag, dem 06.02.2018
im Schulungsraum der Feuerwehr Kamen-Mitte,
1. OG, Mersch 28

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Thomas Blaschke
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Herr Helmut Kampmann
Herr Gökçen Kuru
Herr Ulrich Marc
Herr Johannes Müller
Herr Lucas Sklorz
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Sarah Grüneberg
Herr Ralf Langner
Herr Ingolf Pätzold
Frau Helga Pszolka

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Marian-Rouven Madeja

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Frau Ulrike Dirzus
Frau Dr. Beatrix Günnewig
Herr Martin Kusber

Frau Beate Schroeter
Herr Frank Stewen
Herr Peter Wehlack
Herr Lars Wollny

Evangelische Kirche
Herr Martin Brandhorst

Katholische Kirche
Herr Franco Tous

Verwaltung
Frau Linda Biermann
Herr Jürgen Dunker
Herr Johannes Gibbels
Frau Elke Kappen
Herr Andree Schneider
Herr Reiner Steffen

Gäste
Frau Anja Bolz
Herr Lutz, Schulaufsicht Kreis Unna Lamek
Frau Christine Pusch

Entschuldigt fehlten
Herr Michael Dubbel
Frau Ursula Müller
Frau Angelika Remmers

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Herr Eckardt die Ausschussmitglieder und Pressevertreter. Sodann stellte er den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest und erklärte, dass ihm bisher keine Ergänzungsanträge zur Tagesordnung vorlägen. Aus der Mitte des Ausschusses ergaben sich auch keine Ergänzungsanträge, so dass in die unveränderte Tagesordnung eingetreten wurde. Weiterhin erfolgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Herrn Eckardt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Vorstellung des Schulaufsichtsbeamten des Schulamtes für den Kreis Unna, Bereich Förderschulen im Kreis Unna (Bezirk I) Herr Lutz Lamek	
3	Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2018/19 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl	002/2018
4	Erweiterungspläne OGS Friedrich-Ebert-Schule hier: Vorstellung durch Verwaltung und Schulleitung	
5	Schulsituation im Schuljahr 2017/18	

5.1	Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und der Sprecherin der Schulleitungen zu den Grundschulen
5.2	Bericht der Schulleiterin der Hauptschule
5.3	Bericht des Schulleiters der Realschule
5.4	Bericht der Schulleiterin des Gymnasiums
5.5	Bericht des Schulleiters der Gesamtschule
6	Bericht zum Themenkreis Schulbegleitung hier: Antrag der CDU-Fraktion
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Vorstellung des Schulaufsichtsbeamten des Schulamtes für den Kreis Unna, Bereich Förderschulen im Kreis Unna (Bezirk I)
Herr Lutz Lamek

Herr Lamek stellte seinen privaten und beruflichen Werdegang kurz vor und erklärte, dass er in seinem neuen Aufgabenfeld „gut angekommen“ sei. Er befinde sich aber noch in der Orientierungsphase, da er sowohl den Kreis Unna als auch den Hochsauerlandkreis betreue. Dort eine Übersicht zu bekommen würde zunächst viel Zeit in Anspruch nehmen.

Zu TOP 3.
002/2018

Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2018/19 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl

Frau Kappen erklärte zur Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2018/19, dass die Verwaltung froh darüber sei 15 Eingangsklassen bilden zu können. Die Verteilung sei im Vorfeld mit den Schulleitungen besprochen worden.

Beschluss:

Nach § 6a der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz NRW beträgt die Zahl der maximal zu bildenden Eingangsklassen im Stadtgebiet (Kommunale Klassenrichtzahl) 15.

Der Schulausschuss beschließt für das Schuljahr 2018/19 die Bildung von 15 Eingangsklassen.

Auf die Schulstandorte bezogen wird die Klassenbildung wie folgt festgelegt:

Grundschule	Eingangsklasse
Diesterwegschule	3
Friedrich-Ebert-Schule	3
Südschule, Stammschule	1
Südschule, Teilstandort	1
Eichendorffschule	2
Jahnschule	2
Astrid-Lindgren-Schule	3
Gesamt	15

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Erweiterungspläne OGS Friedrich-Ebert-Schule
hier: Vorstellung durch Verwaltung und Schulleitung

Frau **Kappen** stellte die Entwurfspläne für die Erweiterung der OGS an der Friedrich-Ebert-Schule mit einer PowerPoint Präsentation vor (Anlage 1 der Niederschrift).

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, wie breit der Durchgang vom neuen Gebäude zum alten Gebäudeteil sein werde.

Frau **Kappen** erläuterte dazu, dass die Gänge an den bestehenden Gebäudeteil angepasst würden.

Herr **Stalz** erfragte, ob die Fläche zwischen Sporthalle und Schulgebäude für eine Erweiterung zu eng sei oder warum diese nicht genutzt werde.

Frau **Kappen** erklärte, dass der Bereich zum einen zu schmal sei und zum anderen würden durch eine dortige Anbindung Klassenräume ohne Zugang zum Tageslicht entstehen.

Frau **Pusch** bedankte sich beim Schulträger für die bevorstehende Erweiterung der Räumlichkeiten an der Friedrich-Ebert-Schule. Sie wisse, dass auch andere Grundschulen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen würden und sei über die Entscheidung, zunächst dem Bedarf an Ihrer Schule gerecht zu werden, sehr glücklich.

Herr **Heidler** befürwortet den Ausbau der Friedrich-Ebert-Schule auf Grund der aktuellen Situation vor Ort. Die Erweiterung der Schule zeige auch den Erfolgsweg der OGS in Kamen und deren Wichtigkeit für Eltern. Er bedankte sich für das Engagement der Schule bei der Planung und wies daraufhin, dass es der richtige Weg sei bei den Planungen die Schule einzubinden bevor eine Entscheidung falle.

Herr **Eckardt** teilte mit, dass er die mögliche Variante für eine gute Entscheidung halte. Durch den Anbau könne die Schule den Schulbetrieb fast ohne Einschränkungen aufrecht halten und müsse nicht auf Räume verzichten. Weiterhin erkundigte er sich nach der Bauzeit der Maßnahme.

Frau **Kappen** informierte darüber, dass die Einweihung des neuen Gebäudeteils für 2019 geplant sei. Sie erklärte weiterhin, dass es parallel keine weitere Großbaustelle an den Schulen geben werde. Allerdings würden weitere Planungskosten in den Haushalt eingestellt und Gespräche mit den Schulleitungen geführt. Bei den weiteren Planungen würden sowohl die Grundschulen als auch die weiterführenden Schulen berücksichtigt.

Zu TOP 5.

Schulsituation im Schuljahr 2017/18

Frau **Dirzus** informierte über die offene Schuleingangsphase an der Dierterwegschule und teilte mit, dass das gewählte Modell für 4 Jahre durch die Schulkonferenz beschlossen sei. Es gebe 7 Gruppen mit je 25 SchülerInnen (Anlage 2 der Niederschrift).

Herr **Stalz** erkundigte sich, ob durch die Entscheidung alle Schulen für 4 Jahre daran gebunden seien.

Frau **Dirzus** teilte mit, dass die Entscheidung von jeder Schule selbst durch die Schulkonferenz getroffen werde.

Herr **Stalz** erfragte weiterhin, ob eine offenere Gestaltung der Abholzeiten in der OGS geplant sei und dafür eine rechtliche Grundlage geschaffen werde.

Frau **Schroeter** informierte darüber, dass dies weiterhin in der Diskussion sei. Gerade für Eltern seien die starren Abholzeiten problematisch. Dies sei in allen Gremien bekannt und werde zurzeit geprüft. Eine Tendenz gebe es aber noch nicht.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass die OGS in der jetzigen Form nicht flexi-

bel sei und die Schulen keine eigene Wahl bei den Abholzeiten hätten. Ein Verstoß gegen die gesetzliche Vorgabe würde eine Rückzahlung von Fördergeldern nach sich ziehen.

Herr **Heidler** bedankte sich bei Frau Dirzus für die Erläuterungen zur offenen Schuleingangsphase an der Diesterwegschule. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei die Vorgehensweise der Diesterwegschule der richtige Weg um den SchülerInnen gerecht zu werden. Allerdings sei dieser Weg für Lehrer eine große Herausforderung bei der Gestaltung der Unterrichte und deren Abläufen. Er erkundigte sich, ob es dazu bereits Erfahrungswerte aus anderen Kommunen gebe.

Frau **Dirzus** führte aus, dass dieses Konzept schon seit 2008 in der Planung an der Diesterwegschule sei. Durch den Regierungswechsel seien aber die Schwerpunkte im Bereich Bildung verschoben worden. Ursprünglich sollte die an der Diesterwegschule angewendete Struktur der Schuleingangsphase die Regel an allen Schulen darstellen. Eine Umsetzung dessen habe es aber nicht gegeben.

Frau **Schroeter** ergänzte, dass sich das jahrgangsübergreifende Arbeiten in der Fläche nicht durchgesetzt habe. Dies sei mit einem hohen Planungsaufwand verbunden, da es viele systematische Absprache benötige. Die Idee hinter diesem Konzept sei für alle schlüssig, werde momentan aber nur als Kann-Lösung angeboten.

Frau **Grüneberg** erkundigte sich, ob es dann noch ein „Sitzenbleiben“, so wie es bekannt sei, geben würde.

Frau **Schroeter** erklärte dazu, dass es im Wortsinne weiterhin ein „Sitzenbleiben“ sei, für die Kinder würde dies aber nicht die gleichen Auswirkungen haben. Durch die offene Schuleingangsphase werde das weitere Verweilen in den Klassen 1 oder 2, für ein weiteres Jahr, nicht auf die Schulzeit angerechnet. SchülerInnen würden nicht aus dem gewohnten Umfeld gerissen und behielten somit ihre sozialen Kontakte bei.

Herr **Bucek** erkundigte sich nach der Stimmungslage in Bezug auf den Übergang von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen. In der Diskussion sei, ob es wieder eine verpflichtende Beurteilung durch die Grundschulen geben solle, die eine Aussage über die Eignung für die weiterführenden Schulen beinhalte.

Frau **Schroeter** sei diese Diskussion bekannt. Allerdings gebe es aktuell keine verlässlichen Informationen zum Sachstand. Sie erachte es aber für unrealistisch, dass zu dieser Verpflichtung zurückgekehrt werde.

Frau **Bolz** teilte mit, dass die Tendenz eher auf einen Prognoseunterricht abziele. Dadurch solle eine Beurteilung der SchülerInnen erfolgen. Am Ende würde dies aber zum gleichen Ergebnis wie aktuell führen, da den Eltern nur ein Vorschlag unterbreitet würde. Die endgültige Entscheidung liege weiterhin bei den Eltern.

Frau **Dirzus** führte weiter aus, dass es im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Verpflichtung dazu gebe. Allerdings habe man in Kamen bisher gute Erfahrungen mit der Beratung der Eltern zum Schulwechsel in die weiterführenden Schulen gemacht. Die meisten Eltern könnten die Leistungen ihrer Kinder gut einschätzen und die richtige Schulform wählen.

Frau **Dörlemann** stimmte Frau Dirzus in dessen Ausführungen zu. Weiterhin erachte sie das angewendete System bei der offenen Schuleingangsphase an der Diesterwegschule als sehr gelungen und auf die Bedürfnisse der Kinder angepasst. Dies führe zudem zu einer überschaubaren Klassenstärke, welche im starren System größer ausfallen würde.

Herr **Heidler** fügte hinzu, dass es eigentlich die Aufgabe der Bundesregierung sei auf die Erfahrungen der Kommunen zurück zu greifen und zu reagieren. Dieses Vorgehen fände leider nicht immer Anwendung.

Zu TOP 5.1.

Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und der Sprecherin der Schulleitungen zu den Grundschulen

Schulamtsdirektorin Frau **Schroeter** berichtete über die Situation der Kamener Grundschulen (Anlage 3 der Niederschrift).

Herr **Kusber** erkundigte sich wie viele Fachlehrer im Fach Sport fehlen würden.

Frau **Schroeter** erklärte dazu, dass der Bereich Sport durch diverse Seiteneinsteiger abgedeckt werden könne. Dies sei an Grundschulen unproblematisch.

Zu TOP 5.2.

Bericht der Schulleiterin der Hauptschule

Frau **Dr. Günnewig** stellte die Situation der Hauptschule dar (Anlage 4 der Niederschrift).

Frau **Kappen** ergänzte, dass der Bereich Berufsorientierung und das Thema Umgang untereinander vorbildlich an der Hauptschule behandelt würden. Die Schule habe sich gut in die anderen weiterführenden Schulen eingereiht und sei kein Außenseiter.

Herr **Heidler** unterstützte die Vorgehensweise an der Hauptschule und erfragte wie die Zusammenarbeit der P-Klasse mit der freien Wirtschaft funktionieren würde und ob es problematisch sei, Betriebe für die Kooperation zu finden.

Frau **Günnewig** informierte darüber, dass es nach anfänglichen Schwierigkeiten nun gut angelaufen sei. Die Firmen würden die Schule sehr gut unterstützen und seien von der Vorauswahl der Praktikanten begeistert. Dies liege daran, dass die Schüler sehr engmaschig betreut und vorausgewählt würden. Zudem seien diese dann hoch motiviert und würden gute Leistungen in den Betrieben zeigen. Zur Sicherheit beider Parteien würden zudem Verträge geschlossen.

Herr **Stalz** erkundigte sich, ob die Ergebnisse aus der ersten kommunalen Bildungsstatistik auch auf die Hauptschule in Kamen zutreffen würde. Dort sei festgestellt worden, dass mehr als die Hälfte der SchülerInnen an den Hauptschulen in NRW einen Zuwanderungshintergrund hätten.

Frau **Günnewig** verneinte dies. Ein so hoher Wert läge an der Schule nicht vor und die dort angesprochenen Sozialspannungen gäbe es ebenfalls nicht.

Zu TOP 5.3.

Bericht des Schulleiters der Realschule

Herr **Wehlack** erläuterte die Situation der Realschule (Anlage 5 der Niederschrift).

Herr **Wehlack** sprach zudem ein Lob an den Mensaverein und dessen Mitarbeiter aus, da dieser in den letzten Jahren eine kontinuierliche Absatzsteigerung erreicht habe, wie er als Kassenprüfer zuletzt feststellen konnte. Dies zeige, dass die SchülerInnen mit dem Essen zufrieden seien.

Herr **Stalz** erkundigte sich, warum es nicht möglich sei die angesprochenen Personalprobleme, bei den Sonderpädagogen, zu lösen.

Herr **Lamek** führte aus, dass es ein grundsätzliches Problem bei den Sonderpädagogen gebe. Dort liege schlichtweg ein Lehrermangel vor. Dies sei bereits bei den Förderschulen sehr problematisch und nur schwer aufzufangen. Selbst dort habe man keinen Überhang an Lehrern, die man bei Bedarf verschieben könne. Dies liege seiner Meinung nach an der universitären Ausbildung und den langen Wartezeiten auf neue Lehrer. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass zusätzliches Personal an den Grund- und weiterführenden Schulen aus einem Mehrbedarf realisiert werden müsste.

Herr **Wehlack** stellte klar, dass dies keine Kritik an der Arbeitsweise der Schulaufsicht / dem Schulträger sei, sondern vielmehr ein Hinweis auf die allgemeine Problematik sei.

Herr **Eckardt** stimmte Herrn Wehlack und Herrn Lamek in ihren Ausführungen zu und ergänzte, dass die Landesregierung bei der Vorgehensweise den zweiten vor dem ersten Schritt gemacht habe und diesen nicht kompensiert bekomme.

Herr **Bucek** erkundigte sich, ob diese Personalproblematik auch bei den Schulbegleitern vorläge.

Herr **Wehlack** informierte da rüber, dass es bei den Schulbegleitern keine Probleme gebe.

Herr Brandhorst verließ um 19:22 Uhr die Ausschusssitzung und nahm an den Beratungsgesprächen nicht mehr teil.

Zu TOP 5.4.

Bericht der Schulleiterin des Gymnasiums

Herr **Wollny** entschuldigte Frau Remmers und stellte die Situation am Kammener Gymnasium vor (Anlage 6 der Niederschrift).

Herr **Heidler** begrüße den Weg des Gymnasiums zurück zu G9 und erkundigte sich zum einen, ob der erhöhte Lehrerbedarf ein Problem werden könne und zum anderen welche LK's zusammen mit der Gesamtschule angeboten werden.

Herr **Stewen** verwies bezüglich der gemeinsamen Unterrichte auf seine Unterlagen zu Top 5.5.

Herr **Wollny** erklärte, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Personalmangel prognostiziert werden könne. Dieser würde sich erst bei den genauen Planungen zeigen und eventuell habe man diesen dann überhaupt nicht.

Frau **Kappen** ergänzte, dass sie den Weg der Zusammenarbeit des Städtischen Gymnasiums und der Gesamtschule positiv bewerte und diese Kooperation ausdrücklich befürworte.

Herr **Bartosch** erkundigte sich, ob es bei der Umstellung zum G9 einen Jahrgang ohne Abitur gebe und wie man dann mit Wiederholern aus dem G8 umgehen werde.

Herr **Wollny** führte aus, dass es diesbezüglich noch keine Vorgaben gebe. Die Problematik sei aber bekannt und man werde vermutlich auf Individuallösungen ausweichen müssen. Dies könne man aber zurzeit noch nicht festlegen.

Herr Kusber verließ um 19:35 Uhr die Ausschusssitzung und nahm an den Beratungsgesprächen nicht mehr teil.

Zu TOP 5.5.

Bericht des Schulleiters der Gesamtschule

Herr **Stewen** informierte über die Situation der Gesamtschule (Anlage 7 der Niederschrift).

Zu TOP 6.

Bericht zum Themenkreis Schulbegleitung
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Langner** begründete den Antrag der CDU-Fraktion. Da es zu diesem Thema nur wenig Informationen gebe, sei es erforderlich diese regelmäßig einzufordern, um auf dem aktuellen Stand zu sein.

Herr **Gibbels**, Frau **Kappen** und Herr **Dunker** stellten die rechtlichen Grundlagen zu den Schulbegleitern anhand einer Powerpoint Präsentation vor. Weiterhin erläuterten sie die unterschiedlichen Träger, deren Aufgaben und Bezahlung. (Anlage 8 + 9 der Niederschrift).

Herr **Bucek** erkundigte sich, ob für jedes Kind ein eigener Schulbegleiter zugeordnet sei und wie die Situation des Kindes bei Krankheit des Begleiters geregelt werde.

Herr **Gibbels** erklärte, dass ein Schulbegleiter pro Kind eingeteilt werde. Bei Ausfällen seien die Träger angewiesen einen Ersatz zu stellen. Dies würde in Großteilen der Fälle auch funktionieren, könne aber nicht immer erfolgen. Der Schüler dürfe dann eigentlich nicht am Unterricht teilnehmen.

Frau **Kappen** ergänzte, dass Schulbegleiter keine Ergänzung der Lehrkräfte seien und auch keinen Status Quo von Sonderpädagogen einnehmen würden. Dazu fehle den meisten Schulbegleitern die fachliche Voraussetzung.

Herr **Eckardt** erkundigte sich, wie es geregelt werde, wenn der Schüler erkrankt und was in den Ferien sei.

Herr **Dunker** erläuterte, dass es dort unterschiedliche Modelle gebe. Bei einigen Trägern würde der Schulbegleiter an diesem Tag nicht bezahlt werden, andere Träger würden Ausfalltage bis zu einer bestimmten Anzahl mit bezahlen. Dies werde von jedem Träger selbst geregelt. Je nach Modell bedeute dies aber einen hohen kalkulatorischen Aufwand für die Träger, da ein Schulbegleiter als Angestellter gelte.

Frau **Kappen** informierte darüber, dass es im letzten Jahr 44 Fälle im Rahmen des Kinderjugendhilfegesetzes gab. Dadurch seien Kosten in Höhe von 1 Mio. € verursacht worden.

Frau **Schroeter** merkte an, dass man die Schulbegleiter nicht mit dem Lehrermangel bzw. Mangel an Sonderpädagogen vergleichen könne. Aus ihrer Erfahrung fehle es bei den Schulbegleitern an Standards. Diese seien unter den verschiedenen Trägern sehr unterschiedlich definiert.

Herr **Dunker** stimmte Frau Schroeter teilweise zu. Jeder der mit Trägern zusammen arbeite wisse auch über die unterschiedliche Vorgehensweise bei Qualifizierungen. Der eine oder andere vernachlässige dies, während andere hohen Wert auf Fortbildungen legen. In diesem Zusammenhang müsse man verstehen, dass es große Träger gebe, die weiter wachsen und ihr Personal dementsprechend fortbilden könne und kleinere Träger, die diese Möglichkeiten überhaupt nicht haben.

Herr **Langner** erfragte, wer die Überprüfung der Schulbegleiter vornehme bzw. dessen Qualifikationen.

Herr **Gibbels** erläuterte, dass die Stadt Kamen nur halbjährliche Verträge schließe und somit auch halbjährlich überprüfe, ob die eingesetzten Schulbegleiter qualifiziert seien. Weiterhin erhalte man sowohl von den Eltern als auch den Schulen bzw. Trägern Rückmeldungen zu den Schulbegleitern. Sollte es dort zu Problemen kommen, würden die Begleiter ausgetauscht werden.

Frau **Kappen** teilte mit, dass das Thema Qualifizierung und Standards nicht Aufgabe der Kommune sei und an anderer Stelle geklärt werden müsse. Weiterhin fügte sie an, dass das Thema Schulbegleitung sehr individuell sei. Man könne für ein autistisches Kind eben nicht die gleichen Standards wie bei einem Kind, welches „nur“ eine Hilfe beim Tragen der Schultasche benötige anwenden.

Herr **Bucek** erkundigte sich, ob es diese Gruppe in Unna, wie im Antrag vermutet, die sich mit Schulbegleitern beschäftigen würde.

Herr **Gibbels** teilte mit, dass es keine offizielle Arbeitsgruppe gebe. Es gebe eine Gruppe die Sondierungsgespräche führe, um zu sehen wie man etwas ändern könne. Dies sei bisher aber nicht gezielt erfolgt.

Herr **Dunker** ergänzte, dass es momentan im SGB XII auf Kreisebene ein Modell gebe. In Fröndenberg an einer Grundschule werden Schulbegleiter geprüft und weiterentwickelt um festzustellen welche Standards man festlegen könne. Über welchen Zeitraum dies laufe bzw. laufen werde, kann er aber nicht sagen.

Herr **Stewen** wies daraufhin, dass es Datenschutzprobleme in Bezug auf Schulbegleiter gebe. Zwar wissen sich die Schulen meist zu helfen/ zu schützen, seien aber auf sich alleine gestellt. Bisher gebe es keine Handlungsanweisungen wie mit dem Datenschutz umgegangen werden müsse. Im Sinne der Rechtssicherheit sei dort eine Standardvorgabe sehr wünschenswert.

Frau **Grüneberg** erkundigte sich, was unter Fachkraft und unter ungelernzt zu verstehen sei.

Herr **Gibbels** erklärte, dass eine Erzieherin eine Mindestfachkraft sei. Aber auch Kinderpflegerinnen können eine Fachkraft sein. Es gebe bei den Schulbegleitern aber auch Sozialarbeiter und Lehrer als Fachkräfte. Weiterhin seien Fachkräfte Personen, die für spezielle Erkrankungen an Qualifizierungen erfolgreich teilgenommen haben wie z.B. bei für autistische Kinder. Als ungelernzte Kraft zähle jede Person die keine spezielle Ausbildung vorweisen könne.

Herr **Heidler** teilte mit, dass nicht die Trägerinteressen im Vordergrund zur weiteren Grundlagenplanung stehen sollten, sondern eher die Sicht der Schulen berücksichtigt werden müssten. Dies wäre landespolitisch wünschenswert.

Herr **Langner** stellte fest, dass viele Bereiche bereits durch Gesetz geregelt bzw. vorgegeben seien. Bestimmte Themen wie z.B. die Schulbegleiter müssten aber regelmäßig angesprochen werden, um dort über den neuesten Stand informiert zu werden.

Herr Stalz verließ um 20:06 Uhr die Ausschusssitzung und nahm an den Beratungsgesprächen nicht mehr teil.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Kappen** informierte über die Vorgehensweise im Falle „Friederike“ und erläuterte das Schreiben der Bezirksregierung (Anlage 10 der Niederschrift).

Frau **Bolz** und die anderen Schulleiter/Innen zeigten sich verwundert über die Darstellung in der Presse. Sie fühlten sich zu jeder Zeit, durch den Schulträger, bestens betreut und beraten.

Herr **Eckardt** informierte im Namen von Herrn Kusber über das bevorstehende Fest des Sports am 17.03.2018 in der Kamener Stadthalle.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurde kein Tagesordnungspunkt zu Veröffentlichung freigegeben.

Herr Eckardt dankte den Anwesenden und schloss die Sitzung um 20.28 Uhr

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Dunker
Schriftführer